



Bundeskonzferenz Studiengänge für Gesundheitsfachberufe

Offener Brief an die Gesundheits- und Sozialministerien sowie die Wissenschafts- und Kultusministerien von Bund und Ländern zum Auf- und Ausbau von berufsqualifizierenden Studiengängen in den Pflege- und Therapieberufen sowie im Hebammenwesen

Berlin, im April 2013

„Verehrte Frau Ministerin, verehrter Herr Minister,

im Sommer 2012 hat der Wissenschaftsrat „Empfehlungen zu hochschulischen Qualifikationen für das Gesundheitswesen“ vorgelegt, in denen er die Notwendigkeit betont, berufs- bzw. primärqualifizierende Studienangebote für Physiotherapie, Ergotherapie, Logopädie, Pflege und Hebammenwesen deutlich auszubauen. Die primärqualifizierenden Studiengänge umfassen auch die in den Berufsgesetzen vorgesehenen staatlichen Prüfungen und führen damit zur Berufs- anerkennung.

Wir, die unterzeichnenden Verbände und wissenschaftlichen Fachgesellschaften, fordern daher Bund und Länder auf, die Voraussetzungen für den Auf- und Ausbau primärqualifizierender Studiengänge an den Hochschulen zu schaffen.

Unsere - auch von anderer Seite vorgetragenen - Begründungen lauten:

- Es ist notwendig, Angehörige der Gesundheitsfachberufe akademisch zu qualifizieren, da diese zunehmend mit komplexeren Aufgaben betraut werden, die der Bearbeitung, Steuerung und Reflexion auf Basis von wissenschaftlichen Erkenntnissen bedürfen. Nach Meinung des Wissenschaftsrates - die sich mit unserer Auffassung deckt - reicht die bisherige (berufsfachschulische) Ausbildung nicht aus, um die erforderlichen Kompetenzen zu entwickeln und entsprechende Versorgungsleistungen zu erbringen.
- Primärqualifizierende Bachelorstudiengänge gibt es nach Einführung der Modellklauseln in die Berufsgesetze inzwischen für jede der o.g. Berufe, aber bei Weitem nicht in ausreichender Zahl und nicht in jedem Bundesland. Die vom Wissenschaftsrat genannte Zielmarke einer Akademikerquote von 10-20 % je Berufsgruppe wird derzeit nicht annähernd erreicht.

Ebenso wie die Gewährleistung einer hochwertigen gesundheitlichen Versorgung steht auch eine qualitativ hochwertige Ausbildung der Gesundheitsberufe in besonderer staatlicher Verantwortung.

Die unterzeichnenden Verbände fordern daher die Bundes- und Länderregierungen auf, den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zu folgen und den Aus- und Aufbau der primärqualifizierenden Studiengänge an den Hochschulen zu fördern. Die Hochschulen sind mehrheitlich aus sich heraus nicht in der Lage, die zusätzlichen Studiengänge einzurichten und Studienplätze in der geforderten Zahl und mit angemessener Ausstattung bereit zu stellen.

Dem Aufbau der Studiengänge stehen vor allem rechtliche und finanzielle Hindernisse entgegen. Diesen Hindernissen können Bund und Länder entgegenwirken.

Rechtlich gesehen stehen primärqualifizierende Modellstudiengänge unter einem Erlaubnisvorbehalt des jeweiligen Landes, und die berufsgesetzlichen Vorgaben für die Studiengänge sind seitens der Hochschulen z.T. schwer umzusetzen. Finanziell ist zu bedenken, dass die Studiengänge - auch was die praktisch-klinische Ausbildung betrifft - auf einem hochschulischen Niveau auszugestalten sind.

Die unterzeichnenden Verbände und wissenschaftlichen Fachgesellschaften fordern daher den Bund und die Länder auf, ein Förderprogramm aufzulegen, das den Auf- und Ausbau von primärqualifizierenden Studiengängen unterstützt. Dieses Förderprogramm sollte

- a) den Zeitrahmen für die modellhafte Durchführung von primärqualifizierenden Studiengängen verlängern, da die Modellklauseln in den Berufsgesetzen aktuell den Start von primärqualifizierenden Studiengängen längstens bis zum Wintersemester 2017 erlauben. Der Gesetzgeber wird zudem aufgefordert, die Modellklauseln in generelle Regelungen zu überführen, sodass ein primärqualifizierendes Hochschulstudium als reguläres Ausbildungsangebot für die Gesundheitsfachberufe gilt.
- b) ein Konzept zur Finanzierung von primärqualifizierenden Studiengängen enthalten, damit die vom Wissenschaftsrat geforderte Quote von 10-20 % akademisch qualifiziertem Gesundheitsfachpersonal in den nächsten 5-10 Jahren erreicht werden kann.

Wir bitten Sie, uns über die Pläne Ihres Hauses hinsichtlich des Auf- und Ausbaus von primärqualifizierenden Studiengängen in der Pflege, der Physio- und Ergotherapie, der Logopädie sowie im Hebammenwesen zu informieren und uns in die weiteren Planungsschritte einzubeziehen. Wir, die unterzeichnenden Verbände, bieten unsere Mitwirkung bei der Ermittlung der berufsspezifischen und regionalen Bedarfe hinsichtlich der primärqualifizierenden Studiengänge an und stehen den Bundes- und Landesministerien als Gesprächspartner/-innen für die Konzeption von Förderprogrammen zur Verfügung.

Um die hochschulpolitischen Forderungen jenseits von berufsspezifischen Interessen vertreten und einen zentralen Ansprechpartner bieten zu können, haben sich die unterzeichnenden Verbände zu einer `Bundeskonferenz Studiengänge für Gesundheitsfachberufe` zusammengeschlossen. Die Bundeskonferenz steht Ihnen unter der u. g. Adresse auch für Fragen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Die Vorsitzenden der Verbände und wissenschaftlichen Fachgesellschaften“

Hochschulverbund Gesundheitsberufe (HVG) e.V.



Prof. Dr. Jutta Rübiger

Deutsche Gesellschaft für Pflegewissenschaft (DGP) e.V.



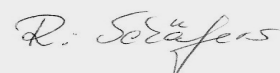
Prof. Dr. Renate Stemmer

Dekanekonferenz Pflegewissenschaft e.V.



Prof. Dr. Johannes Korporel

Deutsche Gesellschaft für Hebammenwissenschaft (DGHWi) e.V.



Prof. Dr. Rainhild Schäfers

Kontakt: Bundeskonferenz Studiengänge für Gesundheitsfachberufe c/o HVG, Alice-Salomon-Platz 5 12627 Berlin – info@hvg-gesundheitsfachberufe.de